Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452 - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 24. Februar 1909. | No. 18

Aus dem Dominion-Parlament.

Die Sitzungen der letzten Woche waren interessant und kamen verschiedene auch für den Westen sehr wichtige Sachen zur Verhandlung.

Auf eine Anfrage hin erklärte der Eisenbahnminister, daß man die Fertigstellung der Vermessungs-Arbeiten für die Hudsons Bay Bahn bis Mitte März erwarte. Von den bewilligten 100,000 Dollars seien 61,000 bis jetzt verbraucht worden.

Auf eine weitere Frage wurde dem Hause mitgeteilt, daß während der letzten vier Monate sich in der Provinz Manitoba 18 Todesfälle infolge von Kohlöl-Explosionen ereigneten. Man habe Untersuchungen betreffs des verwandten Petroleums angestellt und gefunden, daß es im allgemeinen von ziemlich guter Qualität gewesen sei, obgleich einige Proben sehr schlecht gewesen. Verschiedene Kaufleute würden gerichtlich verfolgt. Es sei aber festgestellt worden, daß die Explosionen dadurch veranlaßt worden seien, daß man Kohlöl auf glimmende Kohlen gegossen habe, was stets sehr gefährlich sei.

Der jährliche Bericht des Departements des Innern unter Hon. Frank Oliver zeigt, daß die Einnahmen letztes Jahr 2,751,846 Dollars betrugen, eine Netto-Abnahme von $315,889 im Vergleich zum Vorjahr. Heimstätten-Gebühren brachten 301,693 Doll., Ländverkäufe $656,300 und Holzländereien $473,608. Es wurden im Verlaufe des Jahres 30,242 Heimstätte-Eintragungen gemacht. Die Heimstätter repräsentieren annähernd 75,000 Seelen. Diese setzen sich ungefähr wie folgt zusammen: Amerikaner 7818, Engländer 1840, Canadier von Ontario 3686, Oesterreich-Ungarn 2492, Schotten 1026; die übrigen kamen von Deutschland, Rußland, Skandinavien, Frankreich, Belgien, der Schweiz u. s. w. Es wurden während des Jahres 18,600 Besitzurkunden für Heimstätten ausgestellt. Die im letzten Jahr aufgenommenen Heimstätten repräsentieren 4,867,840 Acker.

Der Hilfsminister des Innern bemerkte bei der Besprechung der Berichte, daß die Zeit bald kommen würde, wo die Einwanderung nach dem Norden der Provinzen Saskatchewan und Alberta dirigiert werden müsse. Und man würde dann höchstwahrscheinlich ausfinden, daß der nördliche Teil dieser westlichen Provinzen ebensogut für Landwirtschaft geeignet sei, wie der südliche.

Im letzten Jahr verkauften die Eisenbahngesellschaften 341,072 Acker Land für $7,985,902. Das ist $8.75 per Acker im Durchschnitt. Während des vorhergehenden Jahres brachte Eisenbahnland nur $6.02 per Acker im Durchschnitt. Ein Beweis, daß die Landpreise im Westen auf gesunder Basis stehen und im schnellen Steigen begriffen sind. Während des Jahres wurden von 63 Vermesser-Abteilungen volle 6 Millionen Acker Land vermessen.

Der Superintendent des Forstwesens teilte mit, daß im letzten Jahr über 11 Millionen Bäume an Bewohner der Prärie-Provinzen verteilt worden seien.

Das Eisenbahn-Komite des Parlaments passierte die Vorlagen betreffs der Ausgabe von Schuldscheinen von seiten der Grand Trunk Pacific Bahn. Die Gesellschaft kann konsolidierte Schuldscheine zu 4 Prozent Zinsen ausgeben, doch darf der Betrag die Summe von 5 Millionen pro Jahr nicht übersteigen. Auch darf die Gesellschaft 4 Prozent garantierte Aktien bis zu 62 Millionen Dollars ausgeben.

Sehr interessant war die Debatte über eine Resolution betreffs ebener Bahnkreuzungen. Der Abg. Lennox, der die Resolution einbrachte, sagte, es befänden sich jetzt in Canada 15,000 ebene Bahnkreuzungen. An ungefähr 3000 Kreuzungen befänden sich gewisse Schutzvorrichtungen. Bei vielen Kreuzungen seien diese wohl noch nicht nötig, aber bei tausenden seien Schutzvorrichtungen und Bewachung nötig. Während der letzten 5 Jahre seien 270 Todesfälle auf ebenen Bahnkreuzungen vorgekommen und 350 nicht tötliche Unglücksfälle. Er wies darauf hin, wie das Publikum in Großbritannien in dieser Richtung beschützt sei. Es seien dort keine ebenen Kreuzungen auf Fahrwegen erlaubt, alle ebenen Kreuzungen seien durch Tore abgesperrt, die nur geöffnet würden, um Leute durchzulassen. Die Züge dürfen nahe den Stationen, wo Kreuzungen sind, nicht mit größerer Geschwindigkeit als 4 Meilen die Stunde fahren und schließlich müssen die Bahngesellschaften alle Kosten in Verbindung mit Kreuzungen tragen. Infolgedessen sei in den letzten beiden Jahren niemand in Großbritannien auf Bahnkreuzungen getötet worden. Er wies dann auch auf Frankreich, Deutschland und andere Länder hin, und zeigte, wie dort ebene Bahnkreuzungen teils verboten wären, teils das Publikum hinlänglich geschützt sei.

Er forderte schließlich, daß alle ebenen Bahnkreuzungen auf neuen Linien mit Toren versehen sein sollten, die die Bahnen herzustellen hätten. Bei bestehenden Bahnen sollten die Kosten zwischen den Bahngesellschaften und den Regierungen verteilt werden.

Der Eisenbahnminister trat für die Bahnen ein und meinte, man solle sie möglichst liberal behandeln, da sie einer der Hauptfaktoren im Aufbau des Landes seien. Er sei dafür, daß sowohl die Eisenbahngesellschaften wie auch die Dominion- und Provinzial-Regierungen sowie die Munizipalitäten zur Tragung der Kosten herangezogen werden sollten. Er wies darauf hin, daß 90 Prozent der Unglücksfälle hätten vermieden werden können, wenn die Verunglückten nur gewöhnliche Vorsicht hätten walten lassen. Zum Schluß sagte er, er stimme mit dem Prinzip überein, daß neue Bahnen die Kosten für Tore u. s. w. selbst tragen sollten.

Schließlich wurde die Debatte vertagt in der Absicht, sie zu irgend einer Zeit wieder aufzunehmen, wenn der Eisenbahnminister keine die gewiß sehr wichtige Sache betreffende Vorlage einbringen wird.

Der Oppositionsführer R. L. Borden wies den Premierminister darauf hin, daß er in einer Torontoer Zeitung einen Artikel gelesen, der den Text des Wasserweg-Vertrags mit den Ver. Staaten gebracht hätte. Er wolle wissen, warum das Parlament noch immer nicht im Besitz des Textes des Vertrags sei. Sir Wilfrid meinte, er wisse nicht, wo die Zeitungen den Wortlaut her hätten und er glaube nicht, daß der Text schon jetzt der Oeffentlichkeit übergeben werden sollte.

Der Abg. Lake von Qu'Appelle, Sask., bat um eine Kopie aller Wählerlisten seines Distrikts, wie sie vor der letzten Wahl hergestellt wurden. Auch wünschte er einen genauen Bericht über die Grenzen des Distrikts, der einzelnen Polling Sub-Divisionen, der Enumeratoren, Wahlaufseher, Agenten u. s. w.

Der stets streitbare Oberst Sam Hughes fragte die Regierung, ob es wahr sei, daß die britische Regierung große Quantitäten Büchsenfleisches für die Armee und Marine bei einer ausländischen Macht bestellt habe und ob es die Praxis der britischen Regierung sei, fremde Mächte, mit denen sie auf freundschaftlichem Fuße zu stehen wünscht, mit ihren Bestellungen zu beglücken, obgleich sie dadurch solche, die loyal zu Großbritannien hielten, zurückstelle?" Sir Wilfrid nannte die Frage „ungehörig", denn das Parlament habe keine Authorität, Großbritannien gewissermaßen eine Rüge zu erteilen. Er wisse übrigens nichts von der Bestellung und er könne auch nicht sagen, ob Anstrengungen gemacht worden seien, in Canada, Süd-Afrika oder Australien Provisionen zu kaufen.

Auf eine Anfrage, ob der Regierung eine Aufforderung von der Legislatur von Britisch Columbien zugegangen sei, eine königliche Kommission zur Untersuchung der asiatischen Einwanderung einzusetzen, erwiderte der Staatssekretär Hon. Ch. Murphy: Nein.

Darauf verlas der konf. Abgeordnete Taylor einen Bericht über die Verhandlungen der Legislatur von Britisch Columbien, in dem angegeben war, daß eine diesbezügliche Resolution nach Ottawa gesandt worden sei, worauf der Premierminister antwortete, daß er seinen Sekretär beauftragt habe, die Sache zu untersuchen.

Später kam wieder die Erhöhung des Aktienkapitals der C. P. R. um 50 Millionen Dollars durch Order-in-Council aufs Tapet. Die Abgeordneten Turriff von Assiniboia und Dr. McIntyre von Strathcona, Alberta, sprachen sich scharf gegen diese Aktienerhöhung aus.

Der Abg. McLean, der schon verschiedentlich zu diesem Thema gesprochen, sagte, daß die ursprüngliche Kapitalisation der C. P. R. sich auf 65 Millionen Dollars belaufen habe. In den letzten 9 Jahren sei dieser Betrag um 135 Millionen Dollars erhöht worden, 15 Millionen pro Jahr. Das bedeute, daß die Aktieninhaber ganz gewaltige Summen erhalten hätten. Wenn die Kapitalserhöhung durchgehe, würden die Aktieninhaber wieder einen großen Haufen Geld in die Tasche stecken. Was das im Besitz der C. P. R. befindliche Land anbetreffe, so sei das eine Reserve der Gesellschaft. Das sei durchaus ungehörig. Die Bahngesellschaft weigere sich, ihr Land, das im Westen entlang der C. P. R. und der Grand Trunk liege, zu vernünftigen Preisen zu verkaufen. Sie verlange stellenweise bis zu 25 Dollars den Acker. Das tue die Bahn nur, weil sie nicht wünsche, daß durch Bearbeitung des Landes die C. P. R. indirekten Vorteil haben solle. Das sei schändlich und die Bahn müsse gezwungen werden, solche Taktiken, die dem Lande schaden, aufzugeben.

Turriff, Assiniboia, sagte, er vertrete einen der ältesten Distrikte Saskatchewans, der nur schlecht mit Bahnfazilitäten versehen sei. Man wünsche im Westen mehr Bahnen und Erniedrigung der Frachtraten. Was die Zweiglinien der C. P. R. anbetreffe, so gebe die Bahn nichts um die Ansiedler. Wenn und wo sie Zweiglinien baue, tue sie es nur, um konkurrierende Bahnlinien zu schädigen. In seinem Wahlkreis liefen z. B. zwei Linien fast nebeneinander für volle 80 Meilen, während bis zu 50 und 60 Meilen von diesen Linien noch Farmer wohnten, die ohne Bahnverbindung nicht leben könnten. Viele Farmer würden sich bald gezwungen sehen, auszuwandern. Die Verantwortung trage die Regierung und das Parlament. Es sei wahr, daß die C. P. R. ihre Ländereien so hoch im Preise halte entlang den Linien anderer Bahnen, daß man es nicht kaufen könnte. Wenn man die C. P. R. zur Steuerzahlung zwingen würde, müsse es bald anders werden.

Die C. P. R. halte auch die Heimstätter zurück, weil diese nicht in solche Gegenden gehen wollten, wo das Eisenbahnland so hoch im Preise sei, daß es noch in Jahrzehnten nicht verkauft werden würde. Die C. P. R. aber sehe nur auf hohe Dividenden und gebe nichts um das Publikum. C. P. R. Aktien seien fast 700 Proz. mehr wert als zu der Zeit, wo sie von den Zeichnern gekauft worden.

Der Abg. McIntyre, Strathcona, sprach sich ähnlich gegen die C. P. R. aus. Er sagte, das Parlament habe die Pflicht, die Herrschaft der C.P.R. im Westen zu brechen. Wenn der Bahn eine besondere Gunst erwiesen würde, so solle man auch eine Gegengabe von ihr fordern. Das schlimmste sei die Steuerfreiheit der C. P. R.-Ländereien. Ein großer Teil des C. P. R.-Landes sei erst 1906 ausgesucht worden. Von da an sei es noch 20 Jahre steuerfrei, sodaß dies Land von 1881 bis 1926 — im Ganzen 45 Jahre — steuerfrei sei.

Ein Amendement zum Einwanderungs-Gesetz bestimmt, daß in Zukunft humanitäre Gesellschaften (die Heilsarmee?) nur dann Einwanderer ins Land bringen dürfe, wenn sie eine besondere Erlaubnis dazu von dem Superintendenten des Einwanderungswesens erhalten haben.

Provinziales.

Versammlung der Getreidebauer.

Am 17., 18. und 19. dieses Monats hielten die Vereinigten Getreidebauer Saskatchewans ihre Jahresversammlung in Weyburn ab. Es hatten sich an 300 Delegaten aus allen Teilen der Provinz zu den Sitzungen eingefunden, ein Zeichen, daß die Vereinigung stark wird und wirklich ernst zu nehmen ist.

Der Präsident der Vereinigung, Herr Hopkins, verlas zu Anfang der Verhandlungen seinen Jahresbericht. Er wies darauf hin, daß das letzte Jahr ein sehr erfolgreiches gewesen sei und daß die Getreidebauer Saskatchewans in diesem Jahr mehr Getreide denn sonst jemals geerntet hätten. Es seien im Ganzen 105,589,543 Buschel geerntet worden. Die Qualität des Getreides und die erzielten Preise seien gut gewesen. Die finanzielle Depression sei so gut wie geschwunden und die Aussichten seien vorzüglich. Er wies dann auf die Verbesserungen der Getreide-Gesetze hin und berührte die Elevator-Frage. Die Antwort der drei Premierminister der westlichen Provinzen seien ja jedem bekannt. Er glaube aus der Antwort entnehmen zu können, daß die Herren mit dem Prinzip der Verstaatlichung der Elevatoren einverstanden seien und die noch bestehenden Schwierigkeiten könnten hoffentlich gehoben werden. Er bedauerte, daß die Regierung die Hagel-Versicherung aufgegeben habe, besonders, da die Geschäfte monopolistisch von der Regierung getrieben wurden, so daß die Getreidebauer jetzt schutzlos dastanden. Er glaube, eine gegenseitig. Versicherung unter Regierungs-Aufsicht sei ratsam.

Er halte es für ein gutes Zeichen, daß jetzt mehr Mühlen in Saskatchewan errichtet würden, um das Produkt des heimatlichen Bodens zu Mehl zu verarbeiten. Die Saskatchewan Milling Co. habe kürzlich eine moderne Mühle in Moose Jaw errichtet mit einer Kapazität von 1000 Faß Mehl und 250 Faß Hafermehl pro Tag. Diese Mühle würde jedes Jahr an 2 Millionen Buschel Getreide verarbeiten. Er glaube, daß die Errichtung vieler Mühlen der Eisenbahnblockade abhelfen und tausende von Dollars im Lande halten würde.

Zum Schluß sagte der Bericht: Das Losungswort für das kommende Jahr muß sein: „Organisiert Euch! Vereinigt Euch!" Die 65,000 Getreidebauer der Provinz müssen in ihren Zweiggesellschaften die verschiedenen Fragen erörtern und dann durch die Central-Organisation ihre Ideen in Ausführung bringen. Diese Idee, dieses Ziel ist, den vollen Wert für die Produkte unserer Hände und unseres Schweißes zu bekommen.

Herr Langley, M. L. A., erstattete dann Bericht über den Erfolg der Delegation an die Regierung in Ottawa. Diese Delegation wurde abgeschickt, um radikale Aenderungen des Grain Acts herbeizuführen. Er führte aus, gewesen sei, ihre Wünsche möglichst ganz zu erfüllen. Aber die C. P. R., die C. N. R., die Getreidebörse in Winnipeg und die Banken hätten gleichfalls starke Delegationen geschickt, um die Regierung für ihre Zwecke gegen die Farmer zu benutzen. Infolgedessen seien die Wünsche der Farmer nicht voll erfüllt worden. Das Panier müsse auch für die Zukunft sein: Einigkeit und Organisation.

Der Vize-President Gates meinte, die Antwort der Premierminister betreffs der Verstaatlichung der Elevatoren sei eine echt politische Antwort: allgemein und nichts versprechend. Die Vereinigung müsse für die Gegenwart damit zufrieden sein.

Es wurde eine Resolution passiert, daß die Vereinigung völlig damit einverstanden sei und sich freue, daß die Dominion-Regierung die Konstruktion der Hudsons Bay Bahn übernommen habe.

Am Donnerstag Morgen wurde ein Beschluß gefaßt, dahingehend, daß die Vereinigung für Verstaatlichung der Kohlenminen und der Holzländereien sei.

Die Hauptdebatte entstand über eine Resolution von Herrn A. E. Partridge, die sich gegen die Antwort der Premierminister in der Elevatorfrage wandte und forderte, daß die Vereinigung und die Zweig-Vereinigungen alles nur Menschenmögliche tun sollten, um die Verstaatlichung der Elevatoren zu bewerkstelligen.

Herr Partridge sagte, die Frage sei eine außerordentlich schwerwiegende, aber eine, die gelöst werden müßte. Die Antwort der Premiers enthalte nichts. Sie hätten versucht, nirgends anzustoßen und damit eine ganz und gar nicht zufriedenstellende Antwort gegeben. Er sei der Ueberzeugung, daß die British North America Acte nichts enthalte, das der Verstaatlichung der Elevatoren im Wege stehe.

Warum seien sie, die Getreidebauer, zusammengekommen? Weil sie als Gesamtheit unzufrieden mit dem Leben seien, das sie führen müßten. Sie, die Produzenten des Reichtums, seien arm. Er sei für Verstaatlichung öffentlicher Fazilitäten. Denn wenn, wie jetzt, die Produktionsmittel in Händen einzelner Kapitalisten seien, so bereicherten diese Wenigen sich und rissen den Reichtum an sich, den die Massen produzieren. Die Verstaatlichung der Elevatoren sei nur ein Schritte, um andere Zustände zu schaffen.

Drei Männer — der eine ein Advokat in Alberta, der andere ein Journalist in Saskatchewan und der dritte ein Getreidehändler von Manitoba — die drei Premierminister, sagten, die Verstaatlichung der Elevatoren sei unkonstitutionell. Sie, die Getreidebauer, sagten, es sei nicht unkonstitutionell. Sie wollten die Früchte ihrer Arbeit. Die Produzenten des Reichtums sollten ihn auch genießen. Sie wünschten mehr menschliches Glück und Daseinsfreude; sie wünschten bessere Erziehung für ihre Söhne und Töchter. Sie verlangten ihr Recht, bessere Erziehung der Kinder, besseres Leben, weniger Sklaven-Arbeit für Frauen und Männer. Und sie würden in ihren gerechten Forderungen nicht nachlassen.

Verschiedene Redner sprachen sich ähnlich so aus, während andere gegen diese Ausführungen sich erklärten und meinten, sie wollten Evolution, aber keine Revolution.

Schließlich wurde die Resolution angenommen, in welcher die Antwort der Premierminister zurückgewiesen und erklärt wird, daß man dem gesetzten Ziel mit aller Kraft weiter nachstreben werde. Auch wurde beschlossen, ein Pamphlet drucken zu lassen und dasselbe über den ganzen Westen zu verbreiten, in welchem die Verstaatlichung der Elevatoren behandelt wird.

Der Bericht des Sekretärs zeigte, daß 150 Zweig-Vereinigungen zu der Getreidebauer-Vereinigung gehören. Diese haben 3124 Mitglieder. Der Barfonds in Händen der Vereinigung beläuft sich auf 1326 Dollars.

Am letzten Tag wurde die Hagel-Versicherungs-Frage eingehend erörtert. Es wurden keine bestimmten Schlüsse gefaßt.

Die nächstjährige Konvention wird in Prince Albert abgehalten werden.

Zum Schluß dieses Artikels können wir nicht umhin, unsern deutschen Farmerlesern noch einmal zu raten, sich doch der Getreidebauer-Vereinigung anzuschließen. Nur durch Zusammenhalten werdet Ihr stark und immer stärker werden.

Wiederum gelogen.

Wie wir erwartet hatten, bringt die letzte Nummer der „Germania" eine Erwiederung auf unsern Artikel „Eine Richtigstellung" in No. 16 des „Saskatchewan Courier."

Die ganze Erwiederung ist aber so tölpelhaft und so voller Unwahrheiten und absichtlicher Lügen, daß wir sie nicht unbeantwortet lassen können.

Der Schreiber — wahrscheinlich ist es der Redakteur selbst, obgleich er Regina über den Artikel setzt und ihn unter die Rubrik „Korrespondenzen" stellt — sagt zu Anfang, daß „die englischen Kenntnisse des Courier mangelhaft zu sein scheinen."

Fehlgeschossen, lieber Herr! Denn Ihre Beweisführung, daß die „englischen Kenntnisse des Courier mangelhaft" seien, fällt auf Sie selbst zurück. Beweisligerweise das Gegenteil. Daß „Lime" Kalk bedeutet, wissen wir ebenso gut wie der Germania Schreiber, Herr Laird aber wollte keinen „Lime" liefern, sondern „Sand-Lime Bricks". Das sind Backsteine, die aus Sand und Kalk hergestellt sind. Hoffentlich kann der Germania-Schreiber das begreifen. Seine englischen Kenntnisse werden wohl so weit reichen.

Die ganze Art der Berichterstattung der Germania zeigt eben, daß der Korrespondent von Regina aus der Ferne schreibt. Er hat mal was von Laird und Lime gehört und flugs setzt er sich hin und schreibt seinen „Leim", einerlei, ob's wahr ist oder nicht. Darauf scheint es ihm nicht so sehr anzukommen. Er sollte dann aber nicht den traurigen „Mut" haben, seinen „Leim" doch verteidigen zu wollen.

Was die 5000 Dollars anbetrifft, die Laird Herrn Bole angeboten haben soll, so ist auch dies, wie wir schon in der vorletzten Nummer sagten, falsch. Denn es handelte sich in dem Germania-Artikel nicht um Sachen, die „in der Provinzwahl" gesprochen worden waren, sondern um einen Prozeßbericht. Im Prozeß aber wurde kein Wort von 5000 Dollars gesagt, sondern von 5 Prozent Kommission. Der Schreiber dieses weiß es genau, da er den Verhandlungen zum großen Teil beigewohnt hat.

Durchaus falsch ist wieder folgender Satz: „Dieser Posten (500 Dlls.) ist, wie die Germania berichtete, für die Wiederwahl Lairds zum Bürgermeister gezahlt worden und nicht, wie der Courier sagt, an die Provinzrechtler." Der Germania-Schreiber zeigt hier wieder, daß er keine Ahnung von der Wahrheit und den Tatsachen hat. Es handelte sich, wie von allen Zeugen zugegeben wurde, um einen Beitrag zum Wahlfonds der Provinzrechtler. Und da Herr Laird selbst Kandidat der Partei war, so entstand die juristische Frage, ob dies Geld nicht Herrn Laird persönlichen Vorteil gebracht habe. Kein Mensch hat auch nur ein Wort gesagt von Geld; das zu Laird's Bürgermeisterwahl beigesteuert wurde. Doch der Germania-Schreiber hat nicht von Regina geschrieben, sondern von Winnipeg und hat sich nicht gründlich informiert. Darum diese Entgleisungen und verkehrten Darstellungen. Das giebt die Germania auch indirekt zu, indem sie schreibt: „Wenn der Courier ferner aus dem Gebrauch des Wortes „wir" die Folgerung zieht, daß die Redaktion den Bericht geschrieben, so stellt er, wie gewöhnlich, eine Behauptung auf, die er nicht beweisen kann."

Wir können es freilich nicht beweisen. Aber es ist uns trotzdem völlig klar und feststehend. Sowohl das Wort „wir", als auch die falschen Darstellungen und der Stil beweisen uns ohne alles Zweifel, wer den Artikel in der Germania geschrieben hat. Allerlei schlau sein sollende Spitzfindigkeiten können uns nicht von dem Gegenteil überzeugen.

Ganz und gar vorbeigeschossen hat die Germania mit folgenden Worten: „Doch das ganze Gepolter des Courier hat ja nur den einen Zweck, zu verdecken, daß er sich nicht gegen die Anschuldigungen wehren kann, einseitig über politische Vorgänge zu berichten." Wir haben den Prozeßbericht ganz und gar ohne Kommentar gebracht. Haben die Tatsachen angeführt und für sich selbst sprechen lassen. Haben weder Scott noch Laird verteidigt und es jedem Leser überlassen, sich seine eigenen Schlüsse zu ziehen. Wenn ein solcher Prozeßbericht nicht unendlich erhaben ist über das lügenhafte Gewäsch der Germania, dann sind wir allerdings an der Grenze des Verstehens.

„Der Courier will natürlich nicht zugeben, daß er einseitig die Liberalen in den Himmel lebt und die Opposition stets verdammt. Selbst bei dem für die Farmer so wichtigen Gesetz über die Veränderung des Land Titles Actes, durch welche es den Loan Companieen erleichtert wird, den Farmern ihr Land wegzunehmen, hat er nicht den Mut gehabt, für die Farmer und gegen die Regierung einzutreten. . . . „Alles, was der Courier dazu zu sagen hatte, war, daß die Vorlage den Erfolg haben soll, die Zinsrate herabzusetzen."

So? Ist das wahr? Hat der Courier wirklich nur das geschrieben? Nein! Er hat viel mehr geschrieben wie das. Um dem gedächtnisschwachen Germania-Schreiber etwas beizustehen, wollen wir hier anführen, was der Courier über das betreffende Gesetz schrieb. Im Legislatur-Bericht (Courier No. 13 vom 20. Januar) steht in fetten Buchstaben folgende redaktionelle Bemerkung:

„Der Name der Bill klingt sehr unverfänglich, aber sein Inhalt ist, scheint uns, von größter Bedeutung. Wird sie, wie sie lautet, angenommen, so wird es in Zukunft für die Hypothekengläubiger viel leichter sein, Land, auf welchem sie eine Mortgage haben, wegen Nichtbezahlung zu verkaufen. Während diese Macht jetzt in Händen der Gerichte liegt, beabsichtigt der General Anwalt sie durch diese Maßnahme den Gläubigern zu übergeben. Daß darin eine Gefahr für viele Farmer liegt, braucht wohl kaum weiter hervorgehoben zu werden."

In No. 14 vom 27. Januar steht im Legislatur-Bericht wie folgt:

„Die Bill (Amendment zum L. Titles Act) ging also durch. Wie wir schon in letzter Ausgabe sagten, ist die Bill viel schwerwiegender, als man auf den ersten Blick glauben sollte. In Zukunft wird es für Leihgesellschaften, die Mortgages auf Farmländereien haben, viel leichter sein, diese Ländereien wegen Nichteinhaltung der Bedingungen zu verkaufen. **Unsere Farmer sollten daher in Zukunft bei Aufnahme von Hypotheken-Schulden (Mortgages) noch vorsichtiger sein wie früher."**

Und auf Seite 1 steht in derselben Nummer:

„Von Wichtigkeit ist das Amendement zum Land Titles Act. In Zukunft können Ländereien, auf denen Mortgages liegen, viel leichter von den Leihgesellschaften wegen Nichteinhaltung der Bedingungen von seiten der Hypothekenschuldner verkauft werden. Doch behauptet die Regierung, daß die Zinsraten auf Hypotheken durch dies Gesetz werden erniedrigt werden. Ob es diese Wirkung haben wird, bleibt abzuwarten."

Die Germania hat also mit ihren Beschuldigungen mal wieder gründlich daneben geschossen. Die Behauptung der Germania: „Alles, was der Courier dazu zu sagen hatte, war, daß die Vorlage den Erfolg haben soll, die Zinsrate herabzusetzen", ist also nach oben Ausgeführtem wissentlich und willentlich erlogen.

Wir haben viel mehr gesagt wie das. Ja, wir haben die Behauptung nicht einmal aufgestellt, sondern nur geschrieben, die Regierung behaupte das. Und an einer anderen Stelle führten wir aus, daß der General-Anwalt diese Behauptung gemacht habe.

Zum Schluß wollen wir noch sagen, daß wir unsere Korrespondenzen nicht selbst schreiben. Das tun unsere interessierten und uns freudig unterstützenden Leser. Wir haben es also nicht nötig, Korrespondenzen oder Eingesandts zu fabrizieren. Keine anständige Zeitung sollte das tun.

Aus der Gazette.

Der letzten Ausgabe des Amtsblattes der Provinz Saskatchewan entnehmen wir folgende Ernennungen:

Eides-Kommissäre.
Corn. P. Unruh, Hague.
Georg Molner, Otthon.
Adolf Becker, Langenburg.
Wilh. Engelbrecht, Scott.

Wege-Verbesserungs-Counsellor.
A. B. Samatzky, Hague.

Es wurden in den letzten 2 Wochen 10 neue ländliche Schuldistrikte gebildet und zwei Dorfschuldistrikte.

Es wurde die Stoney Black Rural Telephone Co. inkorporiert. Damit kommt die Zahl der seit Sommer eingeschriebenen Ländlichen Telephone-Gesellschaften auf 29.

Farmer-Versammlungen.

In den nächsten Wochen werden die unten angegebenen Farmer-Versammlungen an Orten entlang der Canadian Northern Linie zwischen Togo und Prince Albert abgehalten. Die Versammlungen sind von dem Landwirtschaftlichen Departement der Regierung eingerichtet und werden tüchtige Redner die von ihnen zu behandelnden Themata in einer gründlichen und gemeinverständlichen Weise erläutern. Alle Farmer sind dringend gebeten, zu erscheinen und ihre Farmprobleme mitzubringen. Herr Bredt, der einer der erfolgreichsten Züchter ist und gemischte Landwirtschaft betreibt, wird in deutscher Sprache reden. Er wird über folgende Themata sprechen: „Landwirtschaft in Saskatchewan", „Getreidebau", „Viehzucht", „Gemischter Farmbetrieb".

Versammlungen:

Inverman, Nevert Bros.' Halle, 24. Februar.
Wadena, Stadthalle, 25. Februar.
Quill Lake, Baptisten Kirche, 26. Februar.
Watson, Victoria Halle, 27. Febr.
Humboldt, Cuyler Halle, 1. März.
Bruno, Halle, 2. März.
Dana, Schulhaus, 3. März.
Howall, Schule, 4. März.
Vonda, Oddfellows Halle, 5. März.
Aberdeen, 6. März.
Prince Albert, Knox Halle, 9. März.
Osler, Schulhaus, 10. März.
Hague, 11. März.
Rosthern, Stadthalle, 12. März.
Duck Lake, 13. März.

Neueste Nachrichten.

London, 22. Februar. — Die Möglichkeit eines Flotten-Einvernehmens zwischen Deutschland und Großbritannien bildete den Gegenstand einer Interpellation im Unterhaus.

Premierminister Asquith sagte in seiner Antwort, er habe weder eine inoffizielle noch überhaupt eine Andeutung zu Gesicht bekommen, die von einer Möglichkeit eines Einvernehmens über Marine-Rüstungen unter der Bedingung, daß Großbritannien seine Schiffsbauten verlangsame, spreche. „Soweit mir bekannt ist," sagte der Premier weiter, „bleibt Deutschland bei der Auffassung, die es uns gegenüber ausgedrückt hat, daß nämlich sein Flottenprogramm nach Deutschland's eigenem Bedürfnis entworfen sei und durch nichts, was wir tun, beeinflußt werde. Deutschland ist weiter der Ansicht, daß es für uns ganz natürlich sei, wenn wir diejenigen Schritte tun, die wir zum Schutze unserer Interessen für notwendig halten. Eine Verabredung dieser Art ist in Berlin nicht getroffen worden, doch vertraue ich darauf, daß König Edward's jüngster Besuch in der deutschen Hauptstadt klar gemacht hat, daß Flottenausgaben keineswegs als Veranlassung zu einer Reibung zwischen den beiden Ländern gelten können."

Paris, 22. Febr. — Bulgarien hat Frankreich und die übrigen europäischen Mächte benachrichtigt, daß es jetzt den Augenblick für die formelle Anerkennung seiner Unabhängigkeit für gekommen glaube. Die bulgarische Regierung weist darauf hin, daß sie auf den Rat der Mächte geduldig zugewartet und sich ruhig verhalten habe. Sie spricht aber gleichzeitig die Befürchtung aus, daß die augenblicklichen inneren Wirren in der Türkei die Beilegung der Streitfragen mit dieser Macht bedeutend verzögern werde. Eine weitere Verzögerung würde eine Gefahr für alle Beteiligten bedeuten, und außerdem zum Ausbruch eines Krieges auf dem Balkan führen.

Magdeburg (Preußen), 20. Febr. — Fünfzig Dörfer und 50,000 Morgen Land sind infolge des Hochwassers der Elbe überschwemmt. In der benachbarten Stadt Seehausen ist fast jede Straße bis fünf Fuß tief überflutet. Der Verkehr zu Fuß ist nur möglich mittels primitiver hölzerner Brücken, welche von den Pionieren errichtet sind. Die meisten Einwohner des Orts, welcher eine Bevölkerung von etwa 3000 hat, sind hierher geflüchtet. Alle Patienten im dortigen Hospital sind in Booten fortgeschafft worden und werden heute Abend in umliegenden Dörfern untergebracht. Tausende Stück Rindvieh und Schafe sind ertrunken. Der Friedhof in Seehausen ist überflutet und alle Grabsteine sind fortgespült.

St. Petersburg, 22. Febr. In russischen Amtskreisen ist man der Meinung, daß die gegenwärtige Situation zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, wie sie sich aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina ergeben hat, eine ernstliche und bedrohliche ist, und diese Ansicht wird auch von der österreichisch-ungarischen Botschaft und hiesigen österreichischen Kreisen vollkommen geteilt. Die Schuld daran wird aber von österreichischer Seite Serbien zugeschrieben. Von österreichischer Seite wurde hier erklärt, die pekuniäre Last der Erhaltung einer kriegsbereiten Truppenmacht in Bosnien müsse Oesterreich zwingen, der Sachlage schnell ein Ende zu machen, und Serbien werde binnen Kurzem vor das Ultimatum gestellt werden, abzurüsten, oder die Folgen zu tragen.

Die Volksstimmung unterstützt das Auswärtige Amt kräftig in seiner Haltung angesichts dieser neuen Krisis, ganz im Gegensatz zu der früheren Neigung des Volkes, Fehler zu finden. Wenn Rußland bisher geneigt war, die serbischen Aspirationen mit kaltem Wasser zu begießen, so betrachtet das Auswärtige Amt nunmehr Oesterreich-Ungarn als das störende Element und die gegenwärtige Lage wieder als für Europa bedrohlich. Infolgedessen ist die Haltung Rußlands jetzt gegen Oesterreich's aggressive Pläne.

Das reaktionäre Organ „Veche" sagt: „Rußland ist gegen den Krieg, aber wenn die Oesterreicher die Donau überschreiten, wird Rußland nicht ruhen, bis es seinerseits in Oesterreich einrückt."

— Ueber den Umfang der deutschen Hülfe in Süd-Italien wird aus Rom gemeldet: „Nach der letzten Veröffentlichung der verschiedenen Komites, bei denen Gaben für die vom Erdbeben in Unter-Italien Geschädigten eingelaufen sind, nähert sich die Gesamtsumme den 17 Millionen Lire (genau 16,687,199). Da bekanntlich von Deutschland gegen 5 Millionen Mark gespendet worden sind, womit seine gesamte Beihilfe allerdings noch keineswegs erschöpft ist, so ergiebt sich, daß Deutschland allein zu der bis jetzt festgestellten Summe der milden Gaben ein volles Drittel beigesteuert hat. Das Uebrige verteilt sich auf Italien selbst und die anderen Staaten."